

# Übersichten

Juni 2003

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Indisch-chinesisches Gipfeltreffen: Annäherung durch Bewältigung von „Altlasten“ und Wirtschaftskontakte

Nach über einem Jahrzehnt stattete ein indischer Regierungschef der VR China in diesem Monat erstmalig wieder einen offiziellen Besuch ab. Die sechstägige Visite von Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee stellte nach einer Reihe von Staatsbesuchen in den letzten Jahren unbestritten den Höhepunkt der Annäherung zwischen den beiden Nachbarn dar. Der Ministerpräsident traf auf Einladung seines Amtskollegen Wen Jiabao am 22. Juni in Beijing ein, begleitet unter anderem von Außenminister Yashwant Sinha, Handelsminister Arun Jaitley und einer starken Wirtschaftsdelegation. Ziel seines Besuchs war die Vertiefung der indisch-chinesischen Beziehungen auf wirtschaftlichem und diplomatischem Gebiet. Diese waren bisher von zahlreichen Konflikten geprägt und hatten trotz erster Annäherungen seit Mitte der 1990er Jahre noch nicht die Stufe gegenseitigen Vertrauens erreicht.

Der Grenzkrieg von 1962 hatte einen seither ungelösten Grenzdisput und eine von Bedrohung und Konkurrenz geprägte bilaterale Atmosphäre hinterlassen. Verstärkt wurde das Misstrauen zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde durch die politische und technische Unterstützung des pakistanischen Atomwaffenprogramms durch die VR China und die nukleare Aufrüstung Indiens, die sich vor allem auch gegen eine Bedrohung durch China richtete. Zudem sieht sich Indien besonders nach der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO) auch ökonomisch zunehmend hinter dem sich rasant entwickelnden Nachbarn und Konkurrenten auf dem Weltmarkt zurückfallen.

Von beiden Seiten wurde die freundschaftliche und vertrauensbildende Atmosphäre der Gespräche hervorgehoben, die der indische Ministerpräsident mit Staatspräsidenten Hu Jintao, Ministerpräsidenten Wen Jiabao, dem Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission und ehemaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin, sowie weiteren hochrangigen Regierungsvertretern führte. Im Vorfeld des Besuchs war jedoch bereits klar gewesen, dass die enge und freundschaftliche Verbindung Chinas mit Pakistan in den Gesprächen weitgehend ausgespart werden würde. Es blieb bei einer einseitigen Erwähnung Vajpayees gegenüber seinem chinesischen Kollegen Wen, dass der grenzüberschreitende Terrorismus durch Pakistan unterbunden werden müsse.

Betreffend der Grenzstreitigkeiten waren sich Hu Jintao und Vajpayee bei ihrem ersten Zusammentreffen in St. Petersburg anlässlich des 300. Gründungsjubiläums der Stadt Ende Mai bereits einig gewesen, dass diese ein Problem der Vergangenheit darstellten, das längerfristig zu beidseitigem Einverständnis gelöst werden könne und vor allem nicht die Stärkung der bilateralen Beziehungen behindern sollte.

Die mit den umwälzenden Veränderungen seit dem 11. September 2001 einhergehende wachsende Präsenz der USA in Asien, und besonders in der zentralasiatischen Nachbarschaft, rückt für die beiden Riesen die Frage der geopolitischen Dominanz in

der Region in ein neues Licht. Seit sich Indien im Kalten Krieg an die Sowjetunion anlehnte und China Pakistan unterstützte, hat sich die Rivalität zwischen den beiden Ländern um eine Vormachtstellung in Asien fest in die bilateralen Beziehungen eingeschrieben. In der Vergangenheit herrschte stets gegenseitiges Misstrauen in Bezug auf mögliche regionale Einflussnahmen des einen Staates auf Kosten des anderen. So wusste Beijing bisher eine Aufnahme Indiens in die um Japan, China und Südkorea erweiterte südostasiatische Gemeinschaft „ASEAN+3“ zu verhindern. Angesichts der neuen Situation scheinen sich beide Seiten nun auf die Vorteile einer Kooperation zu besinnen. Beide Staaten sind nach eigenen Angaben an einer multipolaren Weltordnung interessiert, die den amerikanischen Einfluss in der Region mäßigen und das Gewicht der Entwicklungsländer in den internationalen Verhandlungen stärken kann. Auch betrachten beide argwöhnisch das Näherrücken zwischen den USA und Pakistan im Kampf gegen den Terrorismus. Die Propagierung engerer indisch-chinesischer Bande war nicht zuletzt auch an die internationale Gemeinschaft gerichtet. Gleichzeitig wurde betont, dass diese nicht die existierende Freundschaft zu anderen Staaten beeinflussen würden. So scheint zum jetzigen Zeitpunkt mehr denn je in der Schwebe, welche strategischen Konstellationen sich in Zukunft in der Region ergeben werden.

Während des Besuchs des Ministerpräsidenten, der auch eine Besichtigung der Verbotenen Stadt und der buddhistischen Heiligtümer in Luoyang einschloss, waren beide Seiten bemüht, ihre Gemeinsamkeiten und die positive Entwicklung ihrer Beziehungen hervorzuheben. Am 23. Juni unterzeichneten die beiden Ministerpräsidenten die erste gemeinsame Erklärung der Nachbarstaaten. Die „Erklärung über Prinzipien für Beziehungen und umfassende Kooperation zwischen der Volksrepublik China und der Republik Indien“ soll den Rahmen für die Förderung einer „langfristigen konstruktiven und kooperativen Partnerschaft“ bilden. Sie wurde als Grundlage für eine „qualitativ neue Beziehung“ zwischen den beiden Ländern gepriesen, die eine neue Ära des

gegenseitigen Vertrauens, der Kooperation und allgemeinen Entwicklung einleiten würde.

Wie zu erwarten gewesen war, wurde in der Erklärung weder auf die chinesischen Ansprüche in der indischen Provinz Arunachal Pradesh, noch auf die chinesische Besetzung im Aksai Chin konkret eingegangen. Um den Wunsch nach einer Beilegung der alten Differenzen zu untermauern, enthält die Deklaration aber ein Einverständnis beider Seiten, zwei Sonderrepräsentanten zu benennen, die einen Fahrplan für eine Grenzvereinbarung ausarbeiten sollen. Benannt wurden für die Posten am nächsten Tag der indische Sicherheitsberater Brajesh Mishra und auf chinesischer Seite der Stellvertretende Außenminister Dai Bingguo.

Von besonderem Interesse für China ist die in der Erklärung enthaltene Bemerkung, dass die indische Seite die Autonome Region Tibet als Teil des Territoriums der VR China anerkenne und Tibetern die Teilnahme an antichinesischen Protesten in Indien verbiete. Die indische Bereitschaft, dem Dalai Lama und über 100.000 Tibetern Zuflucht zu gewähren, ist der chinesischen Führung seit jeher ein Dorn im Auge. Nun nutzte das chinesische Außenministerium die erste Niederschrift der offiziellen chinesischen Bezeichnung Tibets durch Indien zu der zufriedenen Behauptung, Indien habe Tibet endgültig als „untrennbaren“ Teil der VR China anerkannt.

Die Tibet-Frage erhielt in den chinesischen und indischen Medien große Aufmerksamkeit. In einem Interview mit einem indischen Fernsehsender betonte Ministerpräsident Vajpayee, dass die Bemerkung die seit 1954 unveränderte indische Position in der Tibet-Frage wiedergebe und keine neuen Abmachungen akzeptiert worden seien. Auch habe er im Vorfeld Gespräche mit den „tibetischen Freunden“ geführt. Tatsächlich versicherte der Dalai Lama in einem Interview, dass die indische Position bekannt und akzeptiert sei, und dass er keinen Grund für eine Bedrohung der Freiheit seiner Exilregierung in Dharamsala sehe.

Allerdings hat es in den letzten Wochen weitere Zeichen für geostrategische Verschiebungen gegeben, die

auf eine Verschlechterung der Lage der tibetischen Exilregierung verweisen. Die Behörden von Nepal lieferten zu Beginn des Monats, ungeachtet der Proteste der USA, europäischer Staaten und des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), zum ersten Mal tibetische Flüchtlinge an die VR China aus. Dieser von einer internationalen Organisation als gefährlicher Präzedenzfall bezeichnete Vorfall hätte sich aus Sicht eines asiatischen Diplomaten in Beijing nicht ohne ein Zeichen aus Neu Delhi ereignen können.

Als Gegenzug zu der indischen Anerkennung Tibets als Teil Chinas erklärte sich die chinesische Seite in einer nach der Gemeinsamen Erklärung verabschiedeten Absichtserklärung über die Ausweitung des Grenzhandels einverstanden mit einer Öffnung der Handelsroute über den Grenzstaat Sikkim. Im Zuge dessen wurde die administrative Kontrolle Indiens über das Gebiet anerkannt. Dies wurde von indischer Seite als implizite Bestätigung der bisher nicht erfolgten Anerkennung der Souveränität Indiens über den 1975 annektierten Grenzstaat interpretiert. Das chinesische Außenministerium spielte das Zugeständnis in einer Stellungnahme herunter und bestand darauf, dass die Sikkim-Frage als historisches Problem von gänzlich anderer Natur sei als die Tibet-Frage und keinesfalls über Nacht gelöst werden könne. Inwieweit sich die Hoffnungen auf eine Beilegung alter Streitpunkte durch die von beiden Seiten als „historisch“ und „wegweisend für eine neue Ebene der Verständigung“ bewertete Absichtserklärung tatsächlich erfüllen werden, bleibt vorerst abzuwarten.

Des Weiteren wurden Abkommen über wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und militärische Zusammenarbeit unterzeichnet. Unter anderem soll die Visaerteilung vereinfacht werden. Auch versprach China Indien Investitionen im Wert von 500 Mio. USD. Vor allem die angestrebte Intensivierung der Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich könnte mittelfristig weitere Schritte in Richtung der bereits gepriesenen neuen Ära der Beziehungen möglich machen. Schon in den letzten Jahren hatten die wirtschaftlichen Interessen auf beiden Seiten die diplomatischen Beziehungen angekurbelt.

Der bilaterale Handel zwischen Indien und China ist in den letzten Jahren auf 4,9 Mrd. USD angewachsen, macht aber weiterhin nur einen geringen Teil des Handelsvolumens beider Länder aus. Vajpayee, der bereits im Jahre 1979 in seiner damaligen Funktion als Außenminister in China war, zeigte sich höchst beeindruckt von der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas und rief bei seinem dreitägigen Besuch der Wirtschaftsmetropole Shanghai zu einer effektiven Zusammenarbeit der Computerbranchen beider Länder auf. Auch China hat großes Interesse an dieser Zusammenarbeit (vgl. C.a., 2002/01, Ü 24) und sieht Indien zudem als großen potenziellen Markt für seine Industriegüter. Wirtschaftsexperten erwarten, dass sich das Handelsvolumen unter verbesserten Rahmenbedingungen in kurzer Zeit verdreifachen könnte. Die beiden Ministerpräsidenten beschlossen die Errichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die die Regierungen über konkrete Maßnahmen für eine kurz- bis mittelfristige Ankurbelung des bilateralen Handels und der wirtschaftlichen Kooperation beraten soll.

Die deutliche Aussage des Besuchs von Ministerpräsident Vajpayee in China ist das Voranbringen einer Ersetzung der langjährigen Rivalität durch Kooperation in den wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen. Mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung und der anderen Abkommen, die eine Bewältigung der historischen Streitpunkte und eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit anvisieren, sind nicht zu unterschätzende Schritte in diese Richtung getan worden. Besonders in Indien bleiben das Misstrauen und die Vorbehalte gegenüber China aber weiterhin groß. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums betonte, dass die Gemeinsame Erklärung für beide Seiten gewinnbringend sei, und auch der indische Ministerpräsident zeigte sich höchst zufrieden mit seiner Reise. In Indien hagelte es jedoch Kritik. Ein ehemaliger indischer Diplomat, der in der Vergangenheit noch für eine Verbesserung der Beziehungen zu China eingetreten war, bezeichnete die Reise Vajpayees als „disaströs“. Weder zu den sino-pakistanischen Beziehungen, noch in der Grenz- und der Tibet-Frage habe Indien seine Position an-

bringen können. Vielmehr habe China seinen Einfluss durch die indischen Zugeständnisse beträchtlich ausweiten können. Auch das indische Militär sieht die Öffnung der Handelsroute über Sikkim, über die 1962 chinesische Truppen bei ihrem Einmarsch nach Indien versorgt wurden, als ein gefährliches Zugeständnis an Beijing. Der Verband der indischen Industrie begrüßte die Öffnung nachdrücklich. (Doordarshan TV, New Delhi, 31.5.03, nach BBC PF, 1.6.03; PTI, 7.6.03, nach BBC PF, 9.6.03; PTI, 21.6.03, nach BBC PF, 22.6.03; IHT, 23.6.03; Doordarshan TV, New Delhi, 23.6.03, nach BBC PF, 24.6.03; FT, 24.6.03; XNA, 24.6.03; Xinhua, 24.6.03, nach BBC PF, 25.6.03; PTI, 24.6.03, nach BBC PF, 25.6.03; ZXS, 24.6.03, nach BBC PF, 25.6.03; The Asian Age web site, Delhi, 25.6.03; FAZ, 27.6.03; Doordarshan TV, New Delhi, 27.6.03, nach BBC PF, 28.6.03; The Asian Age web site, 27.6.03, nach BBC PF, 28.6.03; NZZ, 28./29.6.03) -emc-

## 2 Hu beendet Auslandsreise mit Besuchen in Kasachstan und der Mongolei

Nach Russland und dem Nord-Süd-Dialog des G-8-Gipfels in Frankreich waren die letzten Stationen der ersten Auslandsreise des neuen Staatspräsidenten Hu Jintao Kasachstan und die Mongolei. Während Hu in Frankreich reichlich Gelegenheit hatte, seine Kontakte zu den führenden Staats- und Regierungschefs zu intensivieren und China als werdende Großmacht an den Kreis der großen Industrienationen anzunähern, standen die Besuche bei den nördlichen Nachbarn Chinas im Zeichen der Ausweitung bilateraler Kooperation. Dies dürfte nicht zuletzt angesichts des verstärkten amerikanischen Einflusses in der Region für China von Bedeutung sein.

Bei seiner Ankunft in der kasachischen Hauptstadt Astana am 2. Juni würdigte Hu die lange Freundschaft zwischen beiden Ländern und verwies zugleich auf die in tief greifendem Wandel befindliche internationale Situation. In dieser fördere eine Stärkung der Freundschaft und Kooperation Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Region und der Welt. Während

seines zweitägigen Aufenthalts führte er Gespräche mit Präsident Nursultan Nazarbajev. Die beiden Präsidenten kamen überein, dass sie ihre wirtschaftliche und politische Kooperation und ihre Koordinierung in internationalen Angelegenheiten verstärken wollen. Besonders betont wurde dabei die Bekämpfung der „drei Kräfte“ – Terrorismus, Separatismus und religiöser Extremismus.

Die Beziehungen zur Mongolei sind historisch belasteter. Im Kalten Krieg stand die damalige Mongolische Volksrepublik unter Einfluss der Sowjetunion und konnte nicht verhindern, in den spannungsreichen Konflikt zwischen ihren beiden einzigen Nachbarn involviert zu werden. Im Jahr 1989 war es zu einer Renormalisierung der Beziehungen zu China gekommen und 1994 schließlich hatten die beide Staaten einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag unterzeichnet. Seitdem ist es zu einer Reihe gegenseitiger Staatsbesuche und bilateraler Abkommen gekommen. Erst zwei Wochen vor dem Besuch Hu wurde der mongolische Justizminister von Vorwürfen der Spionage für Beijing freigesprochen. Solche Behauptungen zirkulieren immer wieder in dem nur 2,5 Mio. Einwohner beheimatenden Land und zeigen das anhaltende Unbehagen über eine mögliche chinesische Vorherrschaft.

Mittlerweile hat die wirtschaftliche Kooperation das Verhältnis zwischen den beiden ungleichen Nachbarn immer enger werden lassen. Die VR China ist mit einer Abnahme von 40% der Exporte der größte und wichtigste Handelspartner der Mongolei. In den letzten Jahren versucht das Land durch Beziehungen zu den USA und anderen westlichen Demokratien den chinesischen Einfluss auszubalancieren. Ein mongolischer Experte stellte in Zusammenhang mit dem Besuch Hu Jintaos aber fest, dass die Mongolei nicht Teil der globalen Wirtschaft sein könne. In Wirklichkeit werde es vielmehr ein Teil der chinesischen Wirtschaft sein.

Bei einem Treffen mit seinem mongolischen Amtskollegen Natsagiyn Bagabandi bewilligte Hu einen Zuschuss über 50 Mio. Yuan für den Bau von Straßen nach China. Außerdem wurden Abkommen über die Ausweitung

von Schienen- und Handelsverbindungen, die Zusammenarbeit im Bergbau und in der Prävention und Kontrolle von Sandstürmen unterzeichnet. (XNA, 3.6.03; Xinhua, 3.6.03, nach BBC PF, 4.6.03; ZXS, 3.6.03, nach BBC PF, 4.6.03; Xinhua, 4.6.03, nach BBC PF, 6.6.03; ST, 5.6.03) -emc-

## 3 Druck auf Chinas Position in der Nordkorea-Krise

Die Vermittlung und Moderation der ersten Gesprächsrunde zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Demokratischen Volksrepublik Korea in Beijing im April hatte sich für die VR China als eine gute Gelegenheit erwiesen, sich als bedeutender und verantwortungsvoller Akteur der Weltpolitik zu profilieren (vgl. C.a., 2003/04, Ü 2). Die USA und auch andere internationale Akteure, wie die Vereinten Nationen, zeigten sich zuversichtlich, dass China eine konstruktive Rolle in den Verhandlungen mit Nordkorea über die Aufgabe seines umstrittenen Atomwaffenprogramms einnehmen werde. Es wird für die chinesische Regierung aber immer schwieriger, eine solche Rolle auszubauen und gleichzeitig an ihrer strikten Ablehnung einer Internationalisierung der Nuklearkrise festzuhalten, denn Ersteres hängt nicht zuletzt auch von einer Verbesserung der Kooperation mit der US-Regierung ab. Diese bemüht sich aber verstärkt um die Einbeziehung weiterer Akteure in den Dialog.

Im April hatte China mit Nordkorea übereingestimmt, dass die anderen Staaten der Region, wie Japan, Südkorea und Russland, von den Gesprächen auszuschließen seien. Nordkorea hatte aber schon im letzten Monat signalisiert, gegen die Zusicherung wirtschaftlicher Hilfe auch eine Teilnahme Japans und Südkoreas an den Gesprächen zuzulassen. In diesem Monat unternahmen die USA nun konkrete Schritte in Richtung einer Zusammenarbeit mit den beiden Staaten in der Nordkorea-Krise. Im Vorfeld einer Serie von Treffen auf Einladung der ASEAN in Phnom Penh Mitte Juni, die der amerikanische Außenminister Colin Powell für die weitere Koordinierung der Nordkorea-Politik nutzen wollte, kamen Regierungsvertreter der

USA, Japans und Südkoreas auf Hawaii zusammen. Die drei Parteien beschlossen, dass sie Nordkorea drängen wollten, die Einbeziehung Tokyos und Seouls in einen multilateralen Dialog zu akzeptieren. Japanische Medien berichteten bereits am 1. Juni von Vorbereitungen zu einem Fünf-Nationen-Treffen zur Nuklearkrise. Als Austragungsort sei zudem aufgrund des Ausbruchs von SARS nicht die chinesische Hauptstadt, sondern Kuala Lumpur im Gespräch.

Die chinesische Seite schien in diesem Verhandlungsprozess übergangen worden zu sein. Noch am 3. Juni verlautete es aus dem chinesischen Außenministerium, man hätte nichts Neues über einen Dialog oder ein Treffen in einem anderen Land gehört. Der Sprecher bestand weiterhin darauf, dass das Treffen der USA und Nordkoreas in Beijing ein sehr guter Beginn eines Prozesses gewesen sei, der hoffentlich fortgesetzt werde. Auch alle betroffenen Parteien hätten ein solches Treffen für eine sehr ergiebige Form gehalten. Nach Treffen mit den japanischen und koreanischen Außenministern in Phnom Penh Mitte des Monats äußerte dann auch der chinesische Außenminister Li Zhaoxing eine grundsätzliche Unterstützung des Wunsches der beiden asiatischen Parteien nach Partizipation im zukünftigen Dialog mit Nordkorea. Gegenüber japanischen Journalisten bestand er jedoch auf die bilaterale Form der Gespräche. Auch wenn mehr Leute anwesend seien, könnten, wenn diese nicht sprächen, die Gespräche als bilateral bezeichnet werden. Er hielt es für möglich, dass auch die nordkoreanische Seite mit einer solchen Vereinbarung einverstanden sein könnte.

Die USA unternahmen im Juni weitere Anstrengungen für einen multilateralen Rahmen der Diskussionen über die Nordkorea-Krise. Sie brachten einen Entwurf für eine Stellungnahme in den UN-Sicherheitsrat ein, die die vermutete Entwicklung eines nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms verurteilen soll. Eine solche Stellungnahme wird als ein erster Schritt in Richtung möglicher Sanktionen gegen Nordkorea gewertet. China nimmt bis jetzt nicht an den vorbereitenden Gesprächen der USA, Frankreichs, Russlands und Großbritanniens teil. Bereits im Februar war China

vermutlich entscheidend an der Ablehnung einer Befassung des Sicherheitsrats mit einer Resolution zur Nordkorea-Frage beteiligt. Der neue Entwurf setzt die chinesische Regierung unter Druck. Schafft sie es nicht, Nordkorea zum Fünf-Nationen-Dialog zu überreden, könnte China in den Diskussionen im Sicherheitsrat diesmal in Bedrängnis geraten. (Kyodo News Service, 1.6.03, nach BBC PF, 2.6.03; ZXS, 3.6.03, nach BBC PF, 4.6.03; Kyodo News Service, 17.6.03, nach BBC PF, 18.6.03; Kyodo News Service, 19.6.03, nach BBC PF, 20.6.03; Kyodo News Service, 28.6.03, nach BBC PF, 29.6.03) -emc-

#### 4 Wandel im Umgang mit nordkoreanischen Flüchtlingen?

Der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), Ruud Lubbers, erklärte Mitte des Monats, China hätte kürzlich einige Zugeständnisse in der Frage der Behandlung nordkoreanischer Flüchtlinge gemacht. Der Botschafter Chinas bei den UN, Wang Yingfan, habe ihm mitgeteilt, die chinesische Regierung werde die Nordkoreaner nur dann zurückschicken, wenn sie sich in der Volksrepublik strafbar machten. Dies könnte ein erstes Anzeichen für einen Politikwandel Beijings in dieser Frage sein. Lubbers schränkte jedoch ein, dass es bisher noch keine Garantie für einen wirklichen Fortschritt gebe.

Die Volksrepublik China gehört zu den Unterzeichnern der Flüchtlingskonvention von 1951, sowie dem entsprechenden Protokoll von 1967. Demnach ist sie vor einer Abschiebung verpflichtet zu klären, ob Asylsuchende das Recht auf einen Flüchtlingsstatus haben. Gleichzeitig hat sich die chinesische Regierung jedoch in einem Abkommen mit Nordkorea verpflichtet, illegale Einwanderer zurückzuschicken. Nach Schätzungen von Hilfsorganisationen in Seoul seien seit Jahresbeginn allein etwa 8.000 Nordkoreaner von den chinesischen Behörden aufgegriffen und über die Grenze zurückgeschickt worden. Dort werden sie nach dem nordkoreanischen Strafgesetzbuch als politische Gefangene klassifiziert und sind der Verfolgung ausgesetzt. Diese endet nicht selten im Arbeitslager. Die Hilfsorgani-

sationen beanstanden, die aufgegriffenen Flüchtlinge erhielten in China kein Asylverfahren und die chinesischen Behörden würden ihnen noch nicht einmal die Möglichkeit geben, die Gründe ihrer Flucht darzulegen.

Beijing besteht trotz der bekannten Folgen der Abschiebung weiterhin darauf, die Nordkoreaner, von denen sich nach Schätzungen bis zu 250.000 illegal im Nordosten Chinas aufhalten sollen, als Wirtschaftsemigranten einzustufen. Dadurch kann es zum einen, zumindest formal, das Abkommen mit Nordkorea trotz der internationalen Verpflichtungen einhalten und zum anderen internationale Hilfsorganisationen aus dem Land fern halten. China fürchte sich immer noch sehr vor der UNHCR und wolle seine Vertreter nicht in Beijing sehen, meint der scharfe Kritiker der chinesischen Flüchtlingspolitik Lubbers.

Die chinesische Regierung ist sich ihres rechtlichen Spagats bewusst. Auch um internationale Kritik zu vermeiden, wurden die Flüchtlinge zum Teil still geduldet. In Fällen, die öffentlich wurden, wie die Flüchtlingswelle in deutsche Einrichtungen in Beijing im letzten Jahr, zeigte sie sich beschränkt kooperativ bei der Suche nach einer schnellen Lösung (vgl. C.a., 2002/09, Ü 2). Vor allem seit China versucht, sich durch eine aktivere Rolle in der Nuklearkrise mit Nordkorea als verantwortlicher weltpolitischer Akteur zu etablieren, dürfte Beijing eine verschärfte internationale Kritik in der Flüchtlingsfrage höchst unangelegen kommen.

Das chinesische Außenministerium dementierte gleich am nächsten Tag nach Bekanntgabe der Äußerungen des UN-Botschafters, dass Beijing seine Politik ändere und wies jegliche Kritik zurück. China halte sich beim Umgang mit den nordkoreanischen Zuwanderern an internationales und nationales Recht und an einen „humanitären Geist“. Auch der Flüchtlingskommissar musste eingestehen, dass die Verhandlungen mit China über das Flüchtlingsproblem „sehr langsam“ verliefen. Er fand es aber „interessant“, dass die letzte Stellungnahme der chinesischen Regierung zumindest eine Erwähnung der internationalen Verpflichtungen und einer humanitären Behandlung der Flüchtlin-

ge enthielt. (FAZ, 10.6.03; WSJ, 16.6., 17.6.03; IHT, 18.6.03; Kyodo News Service, Tokyo, 20.6.03, nach BBC PF, 21.6.03) -emc-

## 5 Ärger um neuen taiwanesischen Reisepass und geplante Referenden

Scharfe Kritik hagelte es aus Beijing, als Taiwan am 12. Juni sein neues Reisepass-Design vorstellte. Auf dem Einband des voraussichtlich ab September ausgegebenen Reisepasses soll das Wort „Taiwan“ unter dem offiziellen Namen „Republik China“ erscheinen. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums nannte die Entscheidung einen Trick der taiwanesischen „Autoritäten“ und ein weiteres Beispiel für die anhaltenden Versuche Taiwans, eine „graduelle Unabhängigkeit“ von der Volksrepublik zu erlangen. Die Änderung bedeute einen ersten Schritt der Untergrabung der Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße und müsse alle Chinesen in höchste Alarmbereitschaft versetzen. Der Sprecher appellierte zudem an die internationale Gemeinschaft, die nationale Souveränität und territoriale Integrität Chinas zu respektieren und wachsam gegenüber den Versuchen Taiwans zu sein, China zu spalten.

Die taiwanesischen Seite begründete ihre Entscheidung mit praktischen Gründen. Der neue Reisepass solle Taiwanern ihre Reisen ins Ausland angenehmer gestalten, indem er es den ausländischen Grenzkontrolleuren erleichtere, sie von Bürgern der Volksrepublik China zu unterscheiden.

Ein weiteres Ärgernis für China stellen zwei geplante Referenden der taiwanesischen Regierung dar. In diesen soll die Bevölkerung über die Fertigstellung eines Atomkraftwerks und über die Frage abstimmen, ob Taiwan weiter versuchen solle, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beizutreten. Letzteres wird von der Volksrepublik seit Jahren verhindert. Selbst im letzten Monat, als Beijing im Zuge der SARS-Epidemie zum ersten Mal gezwungen war, die Entsendung von WHO-Experten nach Taiwan zuzulassen, konnte sie noch im letzten Moment die Befassung mit dem von Taiwan jährlich eingebrachten Antrag

auf Erteilung eines Beobachterstatus bei der Organisation abwenden. Aufgrund der internationalen Aufmerksamkeit und Kritik, die die jährliche Prozedur in diesem Jahr erregte, ist es nicht verwunderlich, dass sich Beijing durch eine weitere Thematisierung des Problems im Rahmen eines Referendums bedroht fühlt.

Taiwanische Referenden werden von der Regierung in Beijing ohnehin streng abgelehnt. Sie werden als mögliche Präzedenzfälle für Abstimmungen über eine dauerhafte Abspaltung von der Volksrepublik gefürchtet. Der taiwanische Präsident Chen Shui-bian hatte in seiner Antrittsrede im Mai 2000 bekannt gegeben, kein Referendum zur Änderung des Status quo im Hinblick auf die Frage Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung zu fördern, solange die kommunistische Regierung nicht mit militärischer Gewalt gegen Taiwan vorgehe.

Ein Sprecher des volksrepublikanischen Büros für Taiwanangelegenheiten, der die geplanten Referenden scharf als separatistischen Zug kritisierte, appellierte an die US-Regierung, sich an ihre in den drei gemeinsamen Kommunikees enthaltenen Verpflichtungen zur Taiwan-Frage zu halten und sich gegen jede Form der „Unabhängigkeitsbestrebung“ Taiwans zu stellen. Washington hatte zwei Tage zuvor in einer Pressekonferenz des Außenministeriums implizit Stellung zu den Referenden bezogen und die Insel vor Handlungen oder Äußerungen gewarnt, die Beijing provozieren und die Spannungen an der Taiwan-Straße schüren könnten. Der Sprecher des Außenministeriums, Philip T. Reeker, lobte aber auch die demokratische Entwicklung Taiwans und hob die enge Verbindung „zwischen den Menschen der Vereinigten Staaten und auf Taiwan“ hervor. Zudem unterlief ihm in der am nächsten Tag im taiwanischen Fernsehen ausgestrahlten Pressekonferenz ein offensichtlicher Fauxpas, als er auf die VR China und Taiwan mit dem Ausdruck „beide Länder“ verwies. Eine Fußnote in einer späteren Abschrift der Konferenz korrigierte Reeker. Er habe in Einklang mit der „Ein-China“-Politik Washingtons „beide Seiten“ sagen wollen.

Im gleichen Zeitraum musste Beijing eine weitere Stichelei Washing-

tons hinnehmen, als es nicht verhindern konnte, dass der taiwanische Außenminister Eugene Chien zum 22. Weltforum nach Colorado flog. Das chinesische Außenministerium reagierte höchst verärgert, als durch einen Bericht bekannt wurde, dass es am Rande des Forums zu einem privaten Treffen zwischen Chien und dem amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney gekommen war. Eine Einmischung in die internen Angelegenheiten Chinas werde die bilateralen Beziehungen und die Kooperation zwischen den USA und China untergraben, so ein Sprecher des Ministeriums. (XNA, 17.6., 19.6., 25.6.03; WSJ, 17.6., 24.6.03) -emc-

## 6 Erneuter Protest gegen japanische Verwaltung der Diaoyu-Inseln

Nach fünf Jahren kam es am 23. Juni erneut zu einer lokalen Protestaktion gegen die japanische Verwaltung der Diaoyu-Inselgruppe, von den Japanern auch Senkaku-Inseln genannt. Nach Berichten der *South China Morning Post* versuchten am Morgen dreizehn Aktivisten, unter ihnen drei aus Hongkong und zehn vom chinesischen Festland, in einem Boot die praktisch unbewohnte Felsenkette im ostchinesischen Meer zu erreichen. Sie wurden in den umstrittenen Gewässern rund 170 km nordöstlich von Taiwan von Schiffen der japanischen Küstenwache empfangen und für Stunden umzingelt. Die Situation in dem Boot auf hoher See sei schlecht gewesen, sagte ein Mitglied des Hongkonger „Aktionskomitees für die Verteidigung der Diaoyu-Inseln“ später. Nachdem einige Teilnehmer seekrank geworden waren, wurde die Aktion am Nachmittag abgebrochen, nicht ohne ein abschließendes symbolisches Verbrennen der japanischen Flagge. Auch warfen die Protestierenden weiße Papier-Chrysanthen ins Wasser, zum Andenken an einen bei den letzten Protesten 1996 ertrunkenen Aktivisten.

Die Inseln waren in den 1970er Jahren zum Angelpunkt ernsthafter Streitigkeiten zwischen China, Taiwan und Japan geworden, als in ihrer Umgebung Öl vermutet wurde. Japan begründet seine Souveränitätsansprüche

mit der Zugehörigkeit der Inseln zur Ryukyu-Inselgruppe, und die VR China beruft sich auf die historische Zugehörigkeit zu China, die erst durch die gewaltsame Besetzung der Inseln nach dem chinesisch-japanischen Krieg von 1894 unterbrochen worden sei. In diplomatischen Verhandlungen zwischen China und Japan wurde die Frage der Souveränität über die Inseln bisher weitgehend ausgeklammert, sodass bis heute eine klare Entscheidung über die Zugehörigkeit aussteht.

Nach 1970 und 1978 war es mit „patriotischen“ und anti-japanischen Protesten von Chinesen aus Hongkong und Taiwan 1996 zu einem dritten und vorerst letzten Höhepunkt der Auseinandersetzungen gekommen. Die chinesische Regierung in Beijing hatte damals vermutlich aus Angst vor Ausschreitungen versucht, die Emotionen im Land unter Kontrolle zu halten und sich eher zurückhaltend gegeben. (Vgl. C.a., 1996/09, Ü 1)

Obwohl in diesem Monat zum ersten Mal Chinesen aus Hongkong und vom Festland gemeinsam eine Aktion unternahmen, verlief der Protest doch sehr viel unspektakulärer als noch fünf Jahre zuvor. Er wurde lediglich von zehn weiteren Aktivisten unterstützt, die außerhalb des japanischen Konsulats in Hongkong protestierten. Die Regierungen in Beijing und Tokyo beließen es dabei, ein weiteres Mal auf ihre unzweifelhaften Souveränitätsansprüche zu verweisen. (Kyodo News Service, 23.5.03, nach BBC PF, 24.6.03; SCMP, 24.6.03) -emc-

## 7 SARS: Reisewarnungen aufgehoben

Nachdem seit dem 7. Juni keine neuen SARS-Fälle mehr aus China bekannt geworden waren, hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ihre Reisewarnungen für China zum Ende dieses Monats aufgehoben.

Noch bevor die WHO am 13. Juni die Warnungen für zunächst vier Gebiete aufhob und die fünf weiteren von der Liste der Gebiete mit jüngster lokaler Übertragung strich, öffnete Russland am 9. Juni wieder alle bis auf drei Grenzübergänge zwischen seinen Seegebieten und der VR China für den visumsfreien Tourismus. Auch die russische Fluglinie Vladivostok Avia hob zu

diesem frühen Zeitpunkt bereits erste Einschränkungen auf und flog wieder den Flughafen Harbin an. Japan folgte mit einer Aufhebung der Reisewarnungen am 14. Juni entsprechend der WHO-Vorschläge.

Am 20. Juni hoben weitere neun Länder, unter ihnen die Schweiz, Österreich, Schweden und Finnland ihre einschränkende Maßnahmen gegen Besucher aus China auf. (RTR Russia TV, 9.6.03, nach BBC EF, 10.6.03; Kyodo News Service, 14.6.03, nach BBC PF, 15.6.03; XNA, 20.6.03) -emc-

## 8 VBA entlässt 42.000 Offiziere

Im Zuge ihres Modernisierungsprogramms plant die Volksbefreiungsarmee in diesem Jahr 42.000 Offiziere zu entlassen und an zivile Arbeitsplätze zu versetzen. Die 2,5 Millionen Mitglieder starke Armee wird bereits seit fünf Jahren erheblich reduziert. Insgesamt sollen Hunderttausende entlassen werden.

Das chinesische Militär ist noch stark auf Bodestreitkräfte konzentriert. Die meisten Flugzeuge, Panzer und Schiffe sind veraltet und die Soldaten schlecht ausgebildet. In den letzten Jahren hat Beijing bereits Milliarden von US-Dollar in die Modernisierung ihres Arsenal gesteckt. Der Militäretat ist dieses Jahr offiziell um fast 10% auf 183 Mrd. Yuan angestiegen. Die eigentlichen Zahlen werden bis zu fünf Mal so hoch eingeschätzt. Nicht nur die Armee, auch die Marine und die Luftstreitkräfte sollen in diesem Jahr personelle Kürzungen erfahren.

In einer nationalen Konferenzschaltung, an der hohe Militäroffiziere und Beamte der Zentralregierung teilnahmen, besprach Staatspräsident Hu Jintao in diesem Monat die Vermittlung der ausscheidenden Offiziere. Von einer Teilnahme des ehemaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin, der weiterhin den Vorsitz der Zentralen Militärkommission innehat, wurde nicht berichtet.

Nach Bestimmungen des Hauptquartiers der VBA können Offiziere mit mindestens 20 Dienstjahren mittlerweile selbst entscheiden, ob sie einen Arbeitsplatz in einer Regierungsbehörde oder einem Staatsbetrieb zu-

gewiesen bekommen oder sich selbst eine Arbeit suchen wollen. Die Konferenz soll ergeben haben, dass sich 13.000, also rund 30% der in diesem Jahr ausscheidenden Offiziere für eine eigene Arbeitssuche entschieden. 90% von ihnen sollen in der Privatwirtschaft untergekommen sein. Die neue Politik fördert die Unternehmensgründung ehemaliger Offiziere durch Steuererleichterungen und andere Sonderbedingungen. (XNA, 19.6., 28.6.03; WSJ, 20.6.03) -emc-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 9 Staatsrat beschränkt Vollmachten der Polizei im Umgang mit Obdachlosen

Mitte Juni hat die chinesische Regierung neue Bestimmungen für den Umgang mit Obdachlosen und Bettlern in den Städten erlassen. Damit verlieren die bisherigen Regelungen, die der Polizei umfangreiche Vollmachten zur Inhaftierung und Repatriierung von Personen ohne städtische Aufenthaltsgenehmigung erlauben, ab dem 1. August dieses Jahres ihre Gültigkeit.

Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua ist der Staatsrat am 18. Juni auf einer Sitzung unter der Leitung von Ministerpräsident Wen Jiabao übereingekommen, dass sich die sozioökonomische Entwicklung des Landes und die Situation der Bevölkerungsmobilität in den letzten 20 Jahren stark verändert haben. Die Bestimmungen zur „Festnahme und Repatriierung (*shourong qiansong*) städtischer Obdachloser und Bettler“ aus dem Jahre 1982 entsprechen laut Beschluss des Staatsrats diesen neuen Verhältnissen nicht mehr.

Die alten Vorschriften deckten die teils drakonischen Maßnahmen der Polizei gegenüber Obdachlosen, Bettlern und Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung, wovon vor allem Wanderarbeiter betroffen waren. Insbesondere bei Großveranstaltungen wie internationalen und politischen Konferenzen oder Sportereignissen konnte sich die Polizei auf diese Regelungen berufen, um die städtischen Straßen von Ob-